

## DEUTSCHLAND

### „Da ist plötzlich soviel in Gang gekommen“

Beim Nato-Gipfel im Juni will Bonn die Bündnispartner auf ein klares Bekenntnis zu weiterer Entspannung verpflichten. Den Amerikanern ist anderes wichtiger:

Die Europäer sollen ihren Handel mit dem Ostblock verkleinern und mehr rüsten als bisher. Die gegensätzlichen Positionen markieren den Zustand des Bündnisses.

Gleich nach dem Frühstück ließ sich Hans-Dietrich Genscher am Dienstag der vergangenen Woche von Luxemburg aus mit Claude Cheysson in Paris verbinden. Der französische Außenminister, drängte der Deutsche am Telefon, möge doch seine Beamten anweisen, sich nicht länger stur zu stellen. Cheysson, der das Treffen der Nato-Außenminister wegen einer Kabinettsitzung vorzeitig verlassen hatte, versprach entsprechende Order.

Vor der Tür zum Verhandlungsraum fing Genscher wenig später den Amerikaner Alexander Haig ab und trug ihm dieselbe Bitte vor. Auch der US-Außenminister beruhigte den AA-Chef.

Zu seiner hektischen Aktivität am frühen Morgen glaubte der Bonner Chefdiplomate allen Grund zu haben: Eine gute Stunde vor der Schlußsitzung hatte ihn der deutsche Nato-Botschafter Hans-Georg Wieck alarmiert, zwölf der 15 Bündnispartner wünschten das Wort „Entspannung“ im Kommuniqué der Nato-Frühjahrstagung zu tilgen. Allein Dänen, Deutsche und Griechen hätten beim stundenlangen nächtlichen Feilschen um den Text die Formulierung akzeptiert, die Nato sei auch künftig bereit, „ein konstruktiveres Ost-West-Verhältnis mit dem Ziel einer wirklichen Entspannung herzustellen“.

Der inkriminierte Begriff stand, äußeres Zeichen des Streits im Kreis der Verbündeten, im Kommuniqué-Entwurf in eckigen Klammern.

Genschers Intervention hatte Erfolg. Als der Bonner in der Schlußsitzung beantragte, „die Klammern aufzuheben“, gab es keinerlei Diskussion mehr. Vor der Saaltür pries Regierungssprecher Lothar Rühl das Ergebnis als Erfolg seines Chefs: „Man merkt eben, wie sehr auf ihn gehört wird.“



Daily News, New York

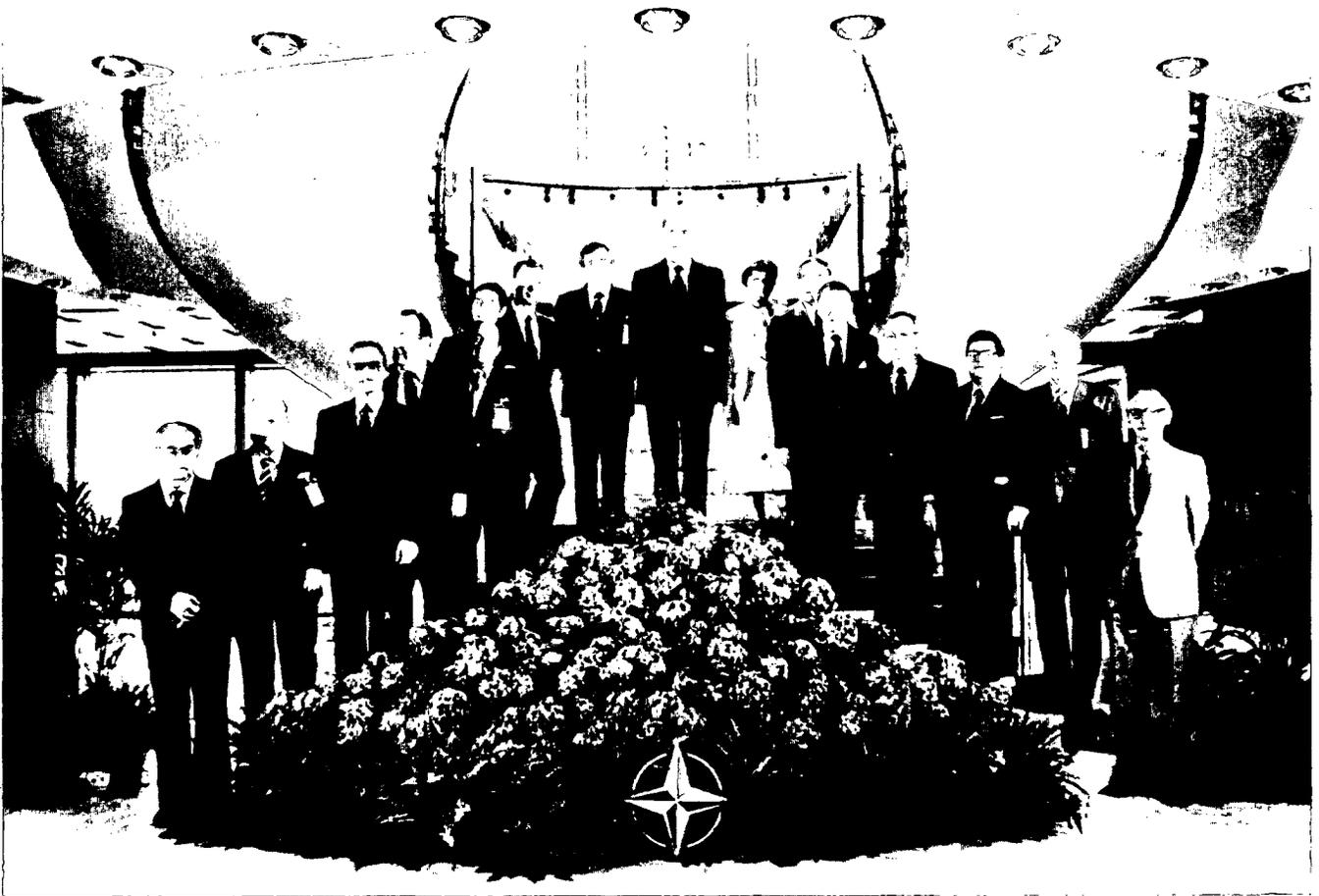
Das Bekenntnis der Bündnispartner zu „wirklicher Entspannung“, lobte Genscher später sich selbst, „trägt präzise unseren Wünschen Rechnung“. Damit sei „das Fundament für die Bonner Erklärung“ gelegt worden. In diesem Dokument sollen sich, so wünschen es die Bonner, die Staats- und Regierungschefs beim Nato-Gipfel in zwei Wochen zur Gleichwertigkeit militärischer Stärke und politischer Entspannungsbeurteilung nach Osten verpflichten. Außenminister Genscher: „Die Begriffssprache muß aufrechterhalten werden, sonst geht die Übereinstimmung verloren.“

Daß die Bündnispartner diese „Grundphilosophie“ (Genscher) in Bonn bestätigen werden, daran hat der

Außenminister nach der Luxemburger Generalprobe keinen Zweifel mehr.

Mit der Übereinstimmung ist es allerdings nicht weit her. Denn in Wahrheit ist der Hinweis auf die „wirkliche Entspannung“ (genuine détente) für die meisten Nato-Mitglieder, allen voran die Amerikaner, kaum mehr als eine unverbindliche Worthülse.

Schon beim Nato-Treffen im Frühjahr letzten Jahres in Rom hatte Haig die Bereitschaft zur Détente an die Voraussetzung sowjetischen Wohlverhaltens geknüpft. Nahezu die gleiche Formel handelten die Außenminister auch letzte Woche in Luxemburg aus: „Eine substantielle Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses“, schränkt das Kommuniqué ein, „hängt jedoch von der Bereit-



**Nato-Außenminister in Luxemburg\***: „Man merkt eben, wie sehr auf Genscher gehört wird“

schaft der Sowjet-Union und der übrigen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts ab, in Wort und Tat Zurückhaltung und Verantwortung zu üben.“

Guter Wille zur Verständigung mit den Sowjets, belehrte Haig seine Kollegen, sei kein Ersatz für militärische Stärke. Nach wie vor sei die Sowjet-Union eine aggressive Macht, deren destabilisierende Aktivitäten überall auf der Welt man im Auge behalten müsse.

Haig forderte die Verbündeten zu einer „Korrektur“ ihrer Politik in drei Punkten auf. Sie sollen

- ▷ beim Export solcher Technologien, die für die Rüstung verwendet werden können, in die Warschauer-Pakt-Staaten zurückhaltender sein,
- ▷ ihren Osthandel einschränken, Kredite für sozialistische Länder sperren,
- ▷ einer erheblichen Stärkung der konventionellen Rüstung zustimmen und diese Zusage in einer separaten Erklärung beim Bonner Nato-Gipfel festschreiben.

Unterstützt von Kanadas Außenminister Mark MacGuigan wollte Haig die Risiken des Ost-Handels und staatlich geförderter Exportkredite ausdrücklich ins Luxemburger Kommuniqué schreiben lassen. Tenor: Der Westen sei durch seinen Handel mit den Kommunisten erpreßbar geworden und müsse sich deshalb eine Beschränkung als Druckmittel vorbehalten.

\* In der Mitte Nato-Generalsekretär Luns.

Am lautesten protestierten die Franzosen, die einen mildereren Textentwurf zum Wirtschaftsaustausch mit dem Ostblock präsentierten. Als sie auch noch geltend machten, ein Urteil über Exportkredite falle nicht in die Kompetenz der Nato, drohte der Amerikaner: Wenn man hier keine „klare Sprache“ finde, werde Washington beim Gipfel der sieben führenden westlichen Industriestaaten Anfang Juni in Versailles auf den Osthandel zurückkommen. Haig: „Dann wird eben dieses Thema die Diskussion dort beherrschen.“

So „emphatisch“ (ein Genscher-Mann) legte sich Haig ins Zeug, daß Nato-Generalsekretär Joseph Luns Mühe hatte, einen Kompromiß für das Kommuniqué durchzusetzen.

Bonnens Genscher hatte sich aus dem Streit lieber rausgehalten und nur zum Schluß, als die Einigungsformel akzeptiert war, dazwischengerufen: „Das ist eine gute Lösung.“

Zurückhaltung schien dem Haig-Freund geboten, weil er darauf setzt, daß die Deutschen, unterstützt von anderen Europäern, mit guten Argumenten ihren Osthandel verteidigen können. „Jetzt da mit dem Hammer reingehen“, interpretiert ein AA-Beamter die Taktik seines Ministers, „das schafft nur Verhärtung.“

Den neokonservativen Ideologen in Washington, so der Genscher-Gehilfe, falle noch immer schwer zu begreifen, daß sich ein relativ autarkes Land wie die Sowjet-Union nicht mit Handelsanktionen oder Kreditsperren zu Wohlverhal-

ten pressen lasse. Die Amerikaner müßten endlich einsehen, daß selbst ein Abbruch des Osthandels Moskaus Rüstungsindustrie nicht treffen könne.

Nur bei Punkt drei der Haig-Liste sind die Bonner inzwischen zum Kompromiß bereit. Zwar hatte Verteidigungsminister Hans Apel in der Brüsseler Sitzung des Planungsausschusses der Nato Anfang Mai noch den Wunsch seines US-Kollegen Caspar Weinberger abwehren können, auch die Verteidigungsminister in der Bonner Allianz-Show auftreten zu lassen. Doch gegen ein Bekenntnis, daß die Nato ihre konventionelle Kampfkraft stärken müsse, haben Genschers und Apels Experten nichts mehr einzuwenden.

Nur so konkret, wie die Amerikaner es haben möchten, soll es nicht werden.

Nato-Botschafter Wieck wurde beauftragt, zusammen mit seinen europäischen Kollegen bis zum Gipfel alle Formeln aus dem von Washington vorgelegten Entwurf zu tilgen, in denen die Europäer *automatisch* zum militärischen und wirtschaftlichen Beistand verpflichtet werden, wenn die USA sich in Krisengebieten wie dem Golf oder der Karibik engagieren. Ein solches Zugeständnis würde praktisch auf eine Ausdehnung des Nato-Bereichs hinauslaufen.

Außerdem möchten die Westdeutschen alle Ausdrücke vermeiden, die als eine Abkehr von der bisher gültigen Strategie der flexiblen Erwidern (flexible response) gedeutet werden könnten. Diese Doktrin sieht unter anderem den

politisch und militärisch umstrittenen Erstsatz von Atomwaffen vor.

Die Amerikaner dringen jedoch darauf, daß die Staats- und Regierungschefs eine Studiengruppe einsetzen, die Politik und Strategie des Bündnisses gründlich überprüft und Vorschläge für die Organisation und Bewaffnung der Allianz im nächsten Jahrzehnt entwirft.

Aufgeschreckt durch die Diskussionen im eigenen Lande, will die Reagan-Administration nach Optionen suchen, die im Konfliktfall einen frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen verhindern, ohne ganz auf ihn zu verzichten. Möglichkeiten dazu sieht sie: Die Europäer sollen mehr Soldaten stellen und konventionell aufrüsten, die Amerikaner verkaufen ihnen die neu entwickelten Präzisionslenk- waffen gegen Flugzeuge, Panzer und Schiffe.

Während Genscher und Apel noch zögern, auf die amerikanischen Ideen einzugehen, haben sich die schnellen Denker in Koalition und Opposition bereits zu Wort gemeldet.

Der stellvertretende SPD-Fraktions- vorsitzende Horst Ehmke, gerade von einem Besuch in den USA zurück, machte sich die Forderung der Amerikaner nach einer Strategie-Debatte zu eigen, um so den Eindruck zu vermeiden, daß nur die Friedensbewegung denkt, nicht aber das Bündnis. Ehmke kann sich - ebenso wie US-Senator Sam Nunn - durchaus vorstellen, daß die USA mehrere tausend Atomsprengköpfe aus Europa abziehen, wenn die Sowjet- Union ihre Panzer mindestens 150 Kilo- meter von der Grenze zurückverlegt (siehe Seite 138).

Schneller noch als Ehmke war der stellvertretende CDU-Fraktionschef Manfred Wörner. Er legte am vergange- nen Freitag ein fertiges Konzept vor. Wörner will zwar die derzeitige Nato- Strategie nicht aufgeben, möchte sie aber „glaubhafter“ machen.

900 Mittelstreckenraketen und 5000 Marschflugkörper mit konventionellen Sprengköpfen sollen, so der Unions- experte, die atomaren Kurzstreckenwaf- fen der Nato (Reichweite bis 100 Kilo- meter) überflüssig machen. Die Ameri- kaner könnten dann, wenn das Pro- gramm verwirklicht wird, im Laufe der nächsten Jahre über 3000 ihrer insgesamt 6000 in Westeuropa gelagerten Atom- sprengköpfe abziehen.

„Da ist plötzlich so viel in Gang ge- kommen, daß wir drei Wochen vor dem Nato-Gipfel immer noch nicht genau wissen, wie der militärische Teil der Bonner Erklärung letztlich aussehen wird“, analysierte am Freitag ein Füh- rungsstähler im Verteidigungsministe- rium. „Sicher ist nur, daß Militärisches eine größere Rolle spielen wird, als wir eigentlich wollten.“

Den Amerikanern kann's nur recht sein. Reportern vertraute Ex-General Haig in Luxemburg an, das wesentliche Resultat der Tagung sei für ihn das

Wenn Karl-Heinz  
seiner Lilly  
als Nachtisch  
einen Handkuß schenkt,  
dann hat bestimmt  
**RHEINHESSENWEIN**  
ein Schlückchen  
dazu  
beigetragen.

So ein reifer, runder Sivaner aus dem Alzeyer Land weckt die Lebensgeister, und auch Karl-Heinz wird zum Genießer.

Typisch Rheinhessen.

Wen wundert's da, daß die Weine aus dem WEINPARADIES RHEINHESSEN zu Deutschlands beliebtesten Weinen gehören.

Ob ein rassiger Riesling von der Rheinfront, ein reifer runder Sivaner aus dem Alzeyer Land, eine kräftig-saftige Scheurebe aus dem Wornegau, ein fruchtig-frischer Müller-Thurgau aus dem Binger Land oder ... oder ...

... jeder ist anders, aber alle verraten große Herkunft: das WEINPARADIES RHEINHESSEN.

Machen Sie doch einfach mal Ihrem 'Karl-Heinz' oder Ihrer 'Lilly' und vor allem auch sich selbst eine Freude und stellen Sie so einen Wein auf den nächsten Mittagstisch!

Möchten Sie mehr über das WEINPARADIES RHEINHESSEN wissen, dann schreiben Sie an Rheinhessenwein e.V., Postfach, 6500 Mainz am Rhein.



**WEINPARADIES RHEINHESSEN**  
Wer seine Weine entdeckt wird zum Genießer

Deutsche Weinwerke GmbH

Bekennnis der Verbündeten zu einer abwehrbereiten Allianz, die mehr Anstrengungen für die gemeinsame Verteidigung unternehmen wolle.

Die Entschlossenheit der Nato-Staaten zu „wirklicher Entspannung“, für Hans-Dietrich Genscher immerhin „die zentrale politische Aussage“ des Frühlingstreffens, erwähnte Alexander Haig mit keinem Wort.

## CDU/CSU

### Kreide Im Mund

**Mit einer Freundschaftsoffensive wirbt die Union um die Gewerkschaften. Der Zeitpunkt, so zeigte sich beim DGB-Kongreß, ist gut gewählt.**

In früheren Jahren, wenn die CDU zum Traditionsempfang beim Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bat, blieben viele Tische leer, schaute der DGB-Vorsitzende meist nur kurz zu einem Anstandsbesuch vorbei. Diesmal aber herrschte lärmende Fülle.

Am Mittwoch letzter Woche gaben im Dachgarten des Berliner Congreßzentrums der CDU die Ehre: der neue DGB-Vorsitzende Ernst Breit, Vorgänger Heinz Oskar Vetter, dazu fast der gesamte geschäftsführende Bundesvorstand und Bosse der Einzelgewerkschaften wie Heinz Kluncker (ÖTV), Rudolf Sperner (Bau), Karl Hauenschild (Chemie) und Günter Döding (Nahrung). Der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer umarmte ungeniert zur Begrüßung Berlins Regierenden CDU-Bürgermeister Richard von Weizsäcker.

Seit die Union bei Umfragen und Wahlen auf immer mehr Zustimmung bei Arbeitnehmern stößt und ihre Position weiter festigt, halten die Gewerkschaften die Zeit für gekommen, ihr Feindbild aus alten Tagen behutsam zu korrigieren und die Frontstellung gegen die C-Parteien langsam abzubauen.

Die Unionschristen sehen sich nach dem DGB-Kongreß auf ihrem Weg nach oben einmal mehr bestätigt. Der SPD können sie nun auch noch entgegenhalten, der soziale Friede sei nicht in Gefahr, wenn die CDU/CSU die Macht in Bonn übernehme und schmerzhaft Sparbeschlüsse fälle.

Die Unionsoberen hüten sich davor, gegen die durch Dauerarbeitslosigkeit, Affären und Lohnverzicht geschwächten Gewerkschaften aufzutrompfen. Im Gegenteil, beim Kongreß in Berlin empfahlen sie sich als künftige Partner.

So, als hätte der CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber nicht nach 1979 mit dem Zerschlagen der SPD-orientierten Einheitsgewerkschaft gedroht, verpfändete Franz Josef Strauß vor dem DGB-Kongreß sein Wort, sich gegen alle Pläne für eine Konkurrenzgewerkschaft zu

stemmen: „Solange ich Vorsitzender dieser Partei bin, wird es nicht auch nur einen Millimeter Entwicklung in diese Richtung geben.“

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl sparte nicht mit Lob für die maßvollen Tarifabschlüsse der vergangenen Monate – so daß es den Delegierten schon zuviel wurde. Sie klatschten, als SPD-Chef Willy Brandt zum wirtschaftlichen Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften anmerkte: Obwohl stimme, was in dem Begriff stecke, könne es „doch, wenn es andere sagen, einen faden Beigeschmack bekommen“. Wie immer hatte Strauß noch einen draufgesetzt. Er



# DGB

**DGB-Gast Strauß**  
Bammel vor dem Auftritt

gab den Gewerkschaften zu verstehen, sie hätten fast schon zuviel Opfer gebracht: „Sie können davon ausgehen, daß CDU und CSU sich der Notwendigkeit bewußt sind, daß bei Lohnabschlüssen in Zukunft wenigstens wieder die Inflationsrate im Nettolohn ausgeglichen werden muß.“

Einmal „den Mund voll Kreide“ (Brandt), versprach der Bayer gleich noch mehr: eine unionsgeführte Bundesregierung werde gut sein für ein reales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich vier Prozent – nur so ließen sich die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen und das soziale Netz erhalten.

Wie er das neue Wirtschaftswunder schaffen will, darüber schwieg sich der CSU-Vorsitzende aus.

Die Union hat ihre Freundschaftsoffensive gegenüber den Arbeitnehmer-

organisationen verstärkt, seit die sozial-liberale Koalition bei den Sparbeschlüssen des letzten Sommers die Mittel für aktive Beschäftigungspolitik kürzte, die Besserverdienenden aber ungeschoren davonkommen ließ.

Offen warb Kohl zum Seitenwechsel: „Im DGB sind viele kluge Leute, die die Erkenntnis (...) haben, daß die Opposition von heute die Regierung von morgen und die Regierung von heute die Opposition von morgen sein kann.“

Aus vertraulichen Gesprächen von Beauftragten des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses mit den Gewerkschaftsführern in den vergangenen Wochen zog Kohl den Schluß, daß er aus der Enttäuschung der DGB-Spitze über den SPD-Kanzler Profit ziehen könne und die Sozialdemokratie nicht länger wie selbstverständlich auf die massive Unterstützung der Arbeitnehmerorganisation zählen dürfe. Ein Kohl-Mitarbeiter: „Die reden vom Machtwechsel, als wäre er eine Selbstverständlichkeit.“

Wie stark sich die Unionspitze inzwischen schon fühlt, wurde klar, als sich Kohl mit dem Vetter-Wort auseinandersetzte, der DGB werde einer neuen bürgerlichen Regierung in Bonn notfalls „an die Gurgel gehen“. In Berlin rief der CDU-Vorsitzende den Gewerkschaftsführern hin, daß „zwischen 40 und 45 Prozent aller DGB-Mitglieder“ bereit seien, die Union zu wählen: „Niemand geht sich an die eigene Gurgel. Das ist eine Frage der Logik.“ Kohls Logik beruht allerdings auf einem Rechenfehler: Nicht 42 Prozent – so das jüngste Umfrageergebnis – der Gewerkschaftsmitglieder, sondern der Arbeitnehmer insgesamt würden christlich wählen.

Doch Kohls Kalkül, den Funktionären werde es schon nicht gelingen, ihre Basis gegen eine Unionsregierung zu mobilisieren, könnte aufgehen. In Berlin reichte es nicht einmal mehr für einen eindrucksvollen Protest gegen die Reizfigur Strauß. Einige klassenbewußte Delegierte, die beim Kungeln mit der Union nicht mitmachen wollten, brachten sich selber um die Wirkung einer Demonstration.

Als Strauß zum Rednerpult stapfte, zogen sie aus dem Plenum aus. Doch von Neugier getrieben, was der Bayer wohl zu bieten habe, kehrte ein Gutteil von ihnen, darunter der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler, durch Hintertüren wieder zurück. Der CSU-Chef, der vor seinem ersten Auf-